

## **7 Innen**

Für die Stabilität jeder Demokratie sind die Freiheit und die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung. Sie zu gewährleisten gehört zu den zentralen Aufgaben, die der Staat zu erfüllen hat. Dabei muss er der tatsächlichen Bedrohungslage Rechnung tragen und für ein subjektives Sicherheitsgefühl seiner Bürgerinnen und Bürger sorgen.

Eine von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Landesregierung sichert die Balance von Freiheit und Sicherheit und lehnt unverhältnismäßige Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden ab.

Dem jahrelangen Stellenabbau bei der Polizei wirken wir entgegen.

Den Datenschutz wollen wir in Hessen verbessern und neu organisieren. Gleichzeitig werden wir die Transparenz staatlichen Handelns erhöhen und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Beteiligungsrechte ermöglichen.

Die Koalition steht für eine moderne Personalpolitik, die einen fairen und partnerschaftlichen Umgang mit den Landesbediensteten pflegen wird.

### **Öffentliches Dienstrecht**

Die von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Landesregierung wird in Hessen endlich den Willen des Hessischen Landtags umsetzen, das seit 2004 herrschende Tarifchaos bei den Tarifbeschäftigten des Landes zu beenden. Deshalb wird das Land unter rot-grüner Regierungsverantwortung die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder aufnehmen, um wieder in die TdL eintreten zu können.

Da sich nach unserer Auffassung das Beamtenrecht an den Vorgaben des Tarifrechts zu orientieren hat, wird das Beamtenrecht schrittweise dem Tarifrecht angepasst. Dazu gehört, dass die Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten von 42 Stunden schrittweise reduziert und der für den Tarifbereich im Rahmen der TdL geltenden Arbeitszeit angepasst wird.

Wir werden im Dialog mit den Gewerkschaften das öffentliche Dienstrecht mit dem Ziel reformieren, den Öffentlichen Dienst als modernen Arbeitgeber zu stärken. Dabei soll auch durch die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen öffentlichem und privaten Bereich und der Schaffung von praktikablen Leistungsanreizen dafür gesorgt werden, dass die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht wird. Aufgrund der vorgesehenen Annäherung des Beamtenrechts an das Tarifrecht darf es zwischen den Beamten und den Angestellten keinen grundsätzlichen Unterschied beim Zeitpunkt des Renten- beziehungsweise Pensionseintrittsalters geben. Für Beamtinnen und Beamte in besonders belastenden Dienstsituationen, verbunden mit Schichtdienst, muss es bei einer gesonderten Lebensarbeitszeitregelung bleiben.

Die Koalition will durch eine Novellierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst weiterentwickeln.

## **Polizei**

Die Arbeitssituation der hessischen Polizeivollzugsbeamten verschärft sich seit Jahren durch einen massiven Stellenabbau und wachsende Mehrarbeit.

In den nächsten fünf Jahren sollen deshalb zusätzliche Anwärtnerinnen und Anwärter in den Polizeidienst eingestellt werden, so dass wieder mehr Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte für die Sicherheit der Bevölkerung zur Verfügung stehen werden.

An dem Erfolgsmodell der zweigeteilten Laufbahn werden wir festhalten.

Zur Stärkung der Polizei gehört auch, dass der Personalabbau im Tarifbereich aufgefangen wird, damit die Polizeibeamten von Aufgaben des Innendienstes wieder entlastet werden, um sich auf die Gefahrenabwehr und aktive Bekämpfung der Kriminalität vor Ort kümmern zu können. Hierzu wird ergänzend zur Umwandlung der restlichen Wachpolizeistellen in Angestelltenstellen der Tarifbereich der Polizei durch zusätzliche Stellen wieder gestärkt werden.

Eine Verlagerung von Sicherheitsfragen auf private Anbieter oder Hilfspersonal, wie es unter der CDU mit dem freiwilligen Polizeidienst geschehen ist, lehnen wir ab. Wir wollen für die Bürgerinnen und Bürger gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten. Deshalb werden wir den freiwilligen Polizeidienst auslaufen lassen. Das erfolgreiche Modell des „Schutzmanns vor Ort“ werden wir fortführen und ausbauen.

In Zusammenarbeit mit den Präventionsräten werden wir die Präventionsarbeit neu konzipieren und ein Präventionsgesetz verabschieden. Wir wollen einen Schwerpunkt auf die Ursachenbekämpfung von Kriminalität legen, ohne eine konsequente Strafverfolgung zu vernachlässigen.

Zu einer erfolgreichen Polizeiarbeit gehört für uns auch, dass weiterhin für eine technisch gut ausgestattete Polizei gesorgt wird.

Wir werden verstärkt dafür werben, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund und interkultureller Kompetenz den Polizeiberuf wählen.

## **Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung**

Wir werden das hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anpassen und praktikabel gestalten. DNA-Tests für unter Vierzehnjährige sind unverhältnismäßig und werden ebenso wieder abgeschafft wie die automatische Kennzeichenerfassung.

## **Hochwertige Sicherheitskontrollen am Flughafen**

Die von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Landesregierung legt besonderen Wert auf eine qualitativ hochwertige Sicherheitskontrolle am größten deutschen Verkehrsflughafen in Frankfurt und will eine Beschäftigungssicherung zu angemessenen Löhnen erreichen. Deshalb wird sie eine landeseigene Gesellschaft für Fluggastsicherheit am Frankfurter Flughafen gründen.

## **Verfassungsschutz**

Der in Hessen demokratisch kontrollierte Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen Grundordnung und der Sicherheit der hessischen Bürgerinnen und Bürger. Dies gilt insbesondere bei Bekämpfung und Aufklärung extremistischer Gewalt in Hessen. Wir werden ein Landeskonzept gegen den auch in Hessen gefährlicher werdenden Rechtsextremismus auflegen, das auf kontinuierliche Prävention und Aufklärung setzt. Die bereits erfolgreich laufenden Projekte werden wir fortführen und verstärkt zivilgesellschaftliche Projekte aus den Bereichen der Pädagogik, Beratung und Aufklärung fördern, sowie eine zentrale Servicestelle einrichten.

Darüber hinaus hat das Trennungsgebot von Verfassungsschutz und Polizei für uns einen hohen Stellenwert. Wir werden daher dem Trennungsgebot bei der Ausgestaltung und Anwendung des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz besondere Aufmerksamkeit widmen. Außerdem werden wir das Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anpassen, um den Schutz privater Lebensgestaltung in verfassungsgemäßer Weise sicherzustellen.

## **Kommunales**

Hessen braucht starke und handlungsfähige Kommunen. Deshalb werden wir den Kommunen zur Erfüllung ihrer örtlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge in größerem Maße Möglichkeiten eröffnen, wirtschaftlich tätig zu sein. Die wirtschaftlichen Betätigungen dürfen nicht auf reine Gewinnerzielung ausgerichtet sein.

Ein weiteres Element zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist die Verankerung von kommunalen Seniorenbeiräten in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO). Die Kommunen sollen Seniorenbeiräte einrichten, deren Ausgestaltung sie selbst regeln können. In einem weiteren Schritt werden darüber hinausgehende Bürgerbeteiligungsrechte wie ein kommunales Petitionsrecht, ein Einwohnerantrag, eine Einwohnerversammlung oder eine Fragestunde von der Koalition geprüft.

Zur Stärkung der politischen Teilhaberechte gehört für uns auch, die Möglichkeit für Jugendlichen zu erweitern, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Deshalb werden wir das aktive Wahlalter auf kommunaler Ebene wieder von 18 auf 16 Jahre senken.

Zur Schaffung eines kommunalen Wahlrechts für langjährig in Hessen lebende Nicht-EU-Staatsangehörige werden wir eine Bundesratsinitiative einbringen, um ihnen die Teilhabe an den demokratischen Prozessen zu ermöglichen.

Die durch das Verwaltungsstrukturreformgesetz erfolgte Kommunalisierung bestimmter Landesaufgaben werden wir überprüfen. Ziel dabei ist, festzustellen, in welchen Bereichen eine Rücknahme in den staatlichen Bereich erforderlich ist. In besonderem Fokus stehen dabei vor allem die Bereiche Veterinärwesen und Lebensmittelkontrolle.

## **Datenschutz und Informationsfreiheit**

Als Stammland des Datenschutzes wird eine rot-grüne Landesregierung den Datenschutz in Hessen modernisieren. Wir werden ein Landesinformationsfreiheitsgesetz schaffen, das einen Auskunftsanspruch gegenüber öffentlichen Stellen des Landes und der Kommunen begründet. Wir werden den Hessischen Datenschutzbeauftragten zum Beauftragten für Informationsfreiheit bestellen.

Den Datenschutz in Hessen werden wir stärken, indem wir den öffentlichen und den privaten Bereich in einem unabhängigen Zentrum zusammenführen. Wir wollen damit erreichen, dass der Hessische Datenschutzbeauftragte auch für die Kontrolle des Datenschutzes im privatrechtlichen Bereich zuständig ist, und damit die europarechtlichen Datenschutzvorgaben in Hessen umsetzen. Die Stelle des Hessischen Datenschutzbeauftragten werden wir in eine hauptamtliche Position aufwerten.

Damit werden wir das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sowohl bei öffentlichen wie auch privaten Datenerhebungen stärken.

## **Neue Verwaltungssteuerung**

Wir werden die Implementierungsstrategie von DV-Systemen in der Landesverwaltung – besonders bei den SAP-Modulen – hinsichtlich Kosten und jeweiligem Projektumfang überprüfen. Eine besonders kritische Prüfung wird dabei die bei der Polizei verwandte IZEMA-Software erfahren. Die E-Government-Anwendungen für Bürgerinnen und Bürger werden wir verbessern und Beteiligungsmöglichkeiten durch "E-Partizipation" schaffen.

## **Regionalreform**

Die vierstufige Verwaltungsgliederung in Hessen wird den Anforderungen an eine moderne Verwaltung nicht mehr gerecht. Unser Leitbild eines modernen Verwaltungsaufbaus ist deshalb ein Drei-Ebenen-Modell, bestehend aus Land, Regionalkreisen und gestärkten Kommunen. Dem Regionalkreis werden die regionalen Aufgaben originär zugeordnet und dabei bislang in Gesellschaften ausgelagerte Aufgaben möglichst zurückgeführt. Es wird geprüft, inwieweit dieser Prozess mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten in den einzelnen Regionen Hessens vorangebracht werden kann.

Wir wollen mit Priorität die Neuordnung der Region Rhein-Main. Die Zwangsorganisationen, wie sie die CDU-geführte Landesregierung mit dem Ballungsraumgesetz durchsetzen wollte, haben versagt. Weder der konzeptionelle Ansatz noch die konkrete Umsetzung haben die wirklichen Probleme der Region beheben können.

Wir werden deshalb den Planungsverband Frankfurt Rhein/Main verändern und zum Motor der Regionalentwicklung machen. Als erste Schritte stehen die Einführung einer direkt gewählten Vertretungskörperschaft und die Erweiterung seiner Aufgaben um Wirtschaftsförderung, Regionalparkentwicklung, ein integriertes Verkehrsmanagement und regionalen Umweltschutz an. Die hierfür notwendigen gesetzlichen Regelungen werden wir schaffen und alsbald umsetzen.

Weiterhin sollen den Städten und Gemeinden möglichst viele Aufgaben, die bislang vor allem bei den Kreisen angesiedelt waren, übertragen werden. Dieser Prozess wird in Abstimmung mit der kommunalen Seite schrittweise vorangebracht. Die Zuordnung der Aufgaben wird begleitet von der entsprechenden Finanzausstattung.

## **Feuerwehren, Brandschutz**

Der von den Feuerwehren gewährte Schutz der Bevölkerung ist ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge. Wir bekennen uns deshalb zu der besonderen Verantwortung des Staates den Feuerwehren gegenüber. Deshalb wird eine rot-grüne Landesregierung für eine personelle und die sächliche Ausstattung der Feuerwehr in Hessen Sorge tragen, damit die Sicherheit der Bevölkerung bestmöglich gewährleistet ist.

## **Sport**

Im Hinblick auf soziale und gesundheitspolitische Bedeutung des Sports versteht sich die rot-grüne Landesregierung als Partner aller Sporttreibenden im Breiten- wie im Leistungssport. Sport ist eine der am stärksten verbindenden Aktivitäten in unserer Gesellschaft. Gerade dem Vereinssport messen wir besondere Bedeutung bei.

Wir werden die Sportstättenförderung fortführen und den Sportstättenbau im Rahmen der Gemeinschaftsfinanzierung mit dem Bund fortführen. Wir werden den Breitensport ebenso fördern wie den Spitzensport. Dazu gehören auch starke Olympiastützpunkte.

Wir werden die Kooperationen zwischen Sportverbänden sowie -vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen unterstützen, um Sport zu einem herausragenden Instrument für das Erlernen demokratischer Umgangsformen und im Kampf gegen Extremismus zu machen. Außerdem werden wir die Bedeutung von Sport als Integrationsinstrument herausstellen. Flächendeckende Möglichkeiten von Breiten- und Spitzensport für alle Menschen müssen gewährleistet sein.

Mit der Frauenfußball-WM 2011 wird ein weiteres großes Sportereignis in Deutschland ausgetragen. Frankfurt wird dabei als Sitz des Organisationskomitees und Endspielaustragungsort in besonderer Verantwortung sein. Wir werden dafür sorgen, dass Hessen der Welt organisatorisch und kulturell ein guter Gastgeber sein wird.

Wir streben eine einvernehmliche Lösung mit allen Fraktionen und Verbänden für eine moderate Anhebung der Anteile der Sportverbände aus den Einnahmen nach dem Glücksspielgesetz an, um dadurch langfristig unter anderem auch die Finanzierung des Sports in Hessen zu sichern.

## **Spendenaufsicht**

Spenden an gemeinnützige Organisationen stellen eine wichtige Säule bürgerschaftlichen Engagements dar und sind für ehrenamtliche Arbeit unverzichtbar. Spender müssen die Gewissheit haben, dass ihre Zuwendungen sachgerecht verwendet werden. Deshalb werden wir die Spendenaufsicht in

Anlehnung an die Regelungen in Rheinland-Pfalz überprüfen und ggf. in die Zuständigkeit des Landes überführen. Dies kann auch bedeuten, dass es länderübergreifende Vereinbarungen gibt.